

Venezuela: Demokratie ohne Opposition?

Nach jahrzehntelanger demokratischer Stabilität begann in Venezuela mit Hugo Chávez eine neue Phase. Trotz der Stärke des Präsidenten gab es bei den Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2005 eine Wahlenthaltung von 75%. Die Entscheidung der Opposition, ihre Kandidaturen zurückzuziehen, führte zur absoluten Mehrheit der Regierungsparteien in der Nationalversammlung. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass ein Parlament ohne Opposition keinen friedlichen, institutionalisierten Dialog erlaubt. Dies kann international einen Legitimationsverlust für Chávez auslösen und seine Aussichten bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 mindern.

Demetrio Boersner

Einführung

In Venezuela, das von dem demokratisch gewählten, aber «revolutionäre» Ambitionen und autokratische Tendenzen zeigenden Präsidenten Hugo Chávez regiert wird, fanden am 4. Dezember 2005 Parlamentswahlen statt. Aus diesen ging eine ausschließlich von den Regierungsparteien besetzte Nationalversammlung

Demetrio Boersner: Venezolanischer Jurist. Professor emeritus für Geschichte der Internationalen Beziehungen an der *Universidad Central de Venezuela*, Berater des Außenministeriums und Botschafter Venezuelas in Rumänien, Schweden und Österreich.

hervor. Die Opposition enthielt sich auf Grund ihrer starken Zweifel an der Transparenz des Wahlprozesses und der Möglichkeit der Manipulation der elektronischen Wahlurnen, wie sie von den Beobachtern der Europäischen Union in Venezuela dokumentiert wurde¹.

Im Dezember 2006 wird das Land erneut zu den Urnen gerufen, dieses Mal, um den Präsidenten für eine Amtszeit von sechs Jahren zu wählen. Die Opposition hofft auf ihre Chance, allerdings macht sie zur Bedingung, dass die Wahlbehörde neu zusammengesetzt wird und die erwähnten Mängel behoben werden. Präsident Chávez wird zweifellos erneut kandidieren, während die Opposition versuchen wird, einen gemeinsamen Gegenkandidaten zu finden und ein gemeinsames Programm zu erarbeiten.

Die Vorgeschichte

Venezuela hat 25 Millionen Einwohner, liegt an der nördlichen Küste Südamerikas und nimmt weltweit den dritten Platz unter den Erdöl exportierenden Ländern ein. Seine wichtigsten Handelspartner sind die Vereinigten Staaten, Lateinamerika und die Karibik sowie die Europäische Union.

Nachdem Venezuela eine bedeutende Rolle in den hispanoamerikanischen Unabhängigkeitskriegen (1810-1825) gespielt hatte, fiel das Land für eine längere Phase in die Rückständigkeit, Spaltung und Abhängigkeit zurück. Seit 1930 ermöglichte der graduelle Übergang vom Agrarstaat zu einem Erdöl produzierenden Land einen Modernisierungsprozess mit einer zeitweilig repräsentativen und volksnahen Demokratie, die bedeutende soziale Reformen durchführte und zwischen 1958 und dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts stabil blieb. Die Grundlage für diese demokratische Stabilität war ein Regierungspakt zwischen den wichtigsten politischen Parteien: der sozialdemokratischen *Acción Democrática* (AD) und der christdemokratischen COPEI. Die Wirtschaftsordnung basierte auf einem rentenkapitalistischen System: Mit Steuereinnahmen aus der Ölindustrie wurden produktive Investitionen gefördert, sowie umfangreiche soziale Leistungen und die Umverteilungspolitik finanziert. Die Verstaatlichung der Erdölindustrie im Jahr 1975 stärkte die wirtschaftliche Macht des Staates. In der Außenpolitik spielten die Solidarität unter «Dritte Welt»-Ländern und eine aktive Mitgliedschaft in der Organisation Erdölproduzierender Länder

1. Misión de Observación Electoral de la Unión Europea en Venezuela (Wahlbeobachter-Delegation der Europäischen Union in Venezuela): *Elecciones Parlamentarias 2005; Declaración Preliminar* [Parlamentswahlen 2005; Vorläufige Erklärung], Caracas, 6. Dezember 2005.

(OPEC) zusammen, wobei gleichzeitig freundschaftliche, offene und vertrauensvolle Beziehungen zu den USA und Westeuropa gepflegt wurden.

Trotz allem geriet das politische Modell Venezuelas ab 1980 in die Krise. Auf Grund der fehlenden Diversifizierung der Produktpalette reichten die Einnahmen aus der Erdölindustrie nicht mehr aus, um den Bedarf und die Erwartungen einer Bevölkerung zu befriedigen, die sich während der letzten zwanzig Jahre fast verdoppelt hatte. Dazu kam die schleichende Dekadenz des politischen Establishments, das nicht mehr in der Lage war, die Stimmung in der Gesellschaft wahrzunehmen und politisch wider zu spiegeln. Als 1989 versucht

***Die von Chávez
angeführte
konspirative
Militärbewegung
gab es seit den
80er Jahren***

wurde, der Bevölkerung unvermittelt ein Paket makro-ökonomischer Anpassungsmaßnahmen neoliberalen Zuschnitts aufzuzwingen, kam es zu gewaltvollen sozialen Unruhen, die blutig niedergeschlagen wurden. 1992 lehnte sich ein Teil der Streitkräfte unter der Führung von Oberstleutnant Hugo Chávez gegen die verfassungsmäßige Regierung auf, doch der Putschversuch scheiterte. Chávez wurde wegen bewaffneten Aufstands verurteilt, sechs Jahre später begnadigt und mit absoluter Mehrheit zum verfassungsmäßigen Präsidenten gewählt.

Die von Chávez angeführte konspirative Militärbewegung gab es seit den 80er Jahren. Sie nährte sich ideologisch aus zwei widersprüchlichen Quellen: zum Einen aus militärischen und zivilen Kräften mit faschistischen und sogar neonazistischen Tendenzen aus Argentinien, zum Andern durch venezolanische marxistisch-leninistische Gruppen, die sich zunehmend durchsetzten. So kennt Präsident Chávez' Bewunderung für Kuba und Fidel Castro keine Grenzen. Die befürchtete «Kubanisierung» der venezolanischen Politik, sowie die Ausweitung von Chávez' persönlicher Macht werden jedoch durch Widersprüche innerhalb der populistischen Koalition um den Präsidenten gebremst. Er sieht sich gezwungen, zwischen zwei unterschiedlichen Strömungen zu manövrieren: den radikaleren ideologischen Tendenzen einerseits und einer den Versuchungen der «Konsumgesellschaft» zugeneigten andererseits².

2. Agustín Blanco Muñoz: *Habla el comandante* [Es spricht der Kommandant], Universidad Central de Venezuela, Caracas, 1998; Alberto Garrido: *Guerrilla y conspiración militar en Venezuela* [Guerilla und militärische Verschwörung in Venezuela], Fondo Editorial Nacional José Agustín Catalá, Caracas, 1999; A. Garrido: *Guerrilla y revolución bolivariana* [Guerilla und bolivarianische Revolution], Caracas, 2003; A. Garrido: *Notas sobre la revolución bolivariana* [Anmerkungen zur bolivarianischen Revolution], Eigenverlag des Autors, Mérida, 2003; A. Garrido, *Revolución bolivariana 2005* [Bolivarianische Revolution 2005], Eigenverlag des Autors, Caracas, 2005.

Machtkonzentration und Spaltung der Nation

Seit seinem Machtantritt im Januar 1999 hat Hugo Chávez seine Absicht bekundet, die «Erneuerung der Republik» und eine «Revolution» unbestimmter Reichweite und Dauer einzuleiten. Anstatt wie andere bei seinem Amtsantritt die nationale Einheit zu betonen und zu versprechen, sein Mandat im Namen aller auszuüben, definierte sich Chávez als Führer des «Volkes» in seinem unerbittlichen Kampf gegen eine reaktionäre und vaterlandslose «Oligarchie», mit der kein Nebeneinander aushandelbar sei. Der fast alle seine Reden beherrschende drohende und verletzende Ton ruft Angst und Hass bei denjenigen hervor, die seine Vorstellungen nicht teilen und trägt so zur Spaltung der venezolanischen Gesellschaft bei. Dies ist auch der Hauptgrund für die wachsende Mobilisierung der Mittelschicht und eines Teils der Arbeiterschicht gegen Chávez. Seine Schwarzweißmalerei hat dazu geführt, dass auch Sektoren und bekannte Persönlichkeiten von ihm Abstand genommen haben, die ihm zunächst positiv gegenüberstanden.

***Der fast alle
seine Reden
beherrschende
drohende und
verletzende Ton
ruft Angst und
Hass hervor***

Die Machtkonzentration in den Händen von Chávez durchlief verschiedene Etappen. Er handelte schnell und organisierte im April 1999 eine Volksabstimmung über die Ausrufung von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung für eine «Fünfte Republik», die die «Vierte Republik» des vorherigen demokratischen Regimes ablösen sollte. Drei Monate später wurden dann in einem weiteren Wahlakt die verfassungsgebenden Abgeordneten gewählt, mehrheitlich Parteigänger Chávez'. Die «bolivarianische» Verfassung, die sehr schnell ausgearbeitet wurde, enthält anerkennenswerte, progressive Elemente und andere, die wegen einer übermäßigen Stärkung des Staatsoberhauptes, der Einschränkung der Gewaltenteilung und der Einräumung ungerechtfertigter Privilegien für die Streitkräfte kritisiert werden. Diese neue Verfassung wurde durch eine Abstimmung im Dezember 1999 von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung angenommen.

Die Verfassungsgebende Versammlung erfüllte nicht nur ihre spezifischen Aufgaben, sie entzog auch dem ein Jahr zuvor gewählten Nationalkongress seine Zuständigkeiten. Indem Präsident Chávez den «Justiz- und Parlamentsnotstand» ausrief, übernahm er die politische Kontrolle über den Obersten Gerichtshof und über die Judikative insgesamt und vollzog so formell den

Bruch mit der vorherigen Verfassung. Die Verfassungsgebende Versammlung wurde als «über der Verfassung stehend» erklärt und somit zu einer legitimen Rechtsquelle, was ihr sowohl gesetzgeberische Befugnisse verlieh, als auch das Recht zur Ernennung hoher Beamter.

Bei den am 30. Juli 2000 durchgeführten «Mega»-Wahlen bestimmte das Volk erneut seine Vertreter auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, dieses Mal auf der Grundlage der neuen Verfassung. Chávez gewann die Präsidentschaftswahlen mit 60,3% der Stimmen und seine Wahlplattform *Polo Patriótico* erzielte 99 der 165 Parlamentssitze. Die Legislaturperiode wurde von vormals fünf auf sechs Jahre verlängert. Außerdem wurde die unmittelbare an das vorige Mandat anschließende Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht.

Trotz des von Chávez verbuchten Erfolgs nahm seine Popularität gegen Jahresende und im darauffolgenden Jahr 2001 stark ab

Trotz des von Chávez verbuchten Erfolgs nahm seine Popularität gegen Jahresende und im darauffolgenden Jahr 2001 stark ab. Ermutigt durch die Ratifizierung seiner Präsidentschaft wurden seine Thesen vom sozialen Umbruch und der Konfrontation mit der «Oligarchie» noch radikaler, gleichzeitig wurden die Machtkonzentration auf seine Person und die Mechanismen zur Einschüchterung bzw. Kontrolle diverser gesellschaftlicher Gruppen verstärkt. Vom Parlament forderte er ein «Ermächtigungsgesetz» (*Ley habilitante*), das ihm erlaubt, eigenmächtig Wirtschafts- und Sozialgesetze zu erlassen und zu vollstrecken. Gleichzeitig leitete er eine Außenpolitik ein, die auf einer zunehmenden Konfrontation mit der US-Regierung und der Bemühung um «strategische Bündnisse» mit deren Feinden und Gegenspielern basiert.

Auf einer anderen Ebene traten Chávez und seine Regierung in Konflikt mit der Arbeiterbewegung, indem sie der Führung des venezolanischen Gewerkschaftsbundes *Confederación de Trabajadores de Venezuela* (CTV) die Legitimität absprachen. Dabei handelt es sich um eine geschichtsträchtige Gewerkschaftsorganisation überwiegend sozialdemokratischer Ausrichtung, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (CIOSL) anerkannt und geschätzt wird. Bei Streiks und bei den Gewerkschaftswahlen Ende 2001 vereitelte die CTV mehrmals Versuche der Regierung, sie für illegal zu erklären und durch eine regierungstreue Gewerkschaft zu ersetzen.

Versuche zur Absetzung des Präsidenten Chávez

Während der ersten Monate des Jahres 2002 intensivierten sich die Proteste der demokratischen Opposition. Neben der Fortführung des Gewerkschaftskonflikts setzte die Regierung alles daran, die staatliche Ölgesellschaft, *Petróleos de Venezuela S.A.* (PDVSA), radikal umzustrukturieren. Unter den vorherigen demokratischen Regierungen war das Staatsunternehmen PDVSA nach marktwirtschaftlichen Kriterien geführt worden und hatte im globalen Wettbewerb der Ölbranche erfolgreich bestehen können. Unter Chávez dagegen wurde das Unternehmen einer rigiden Kontrolle unterworfen, um es auf eine «endogene» Entwicklung und die regionalen Märkte umzuorientieren. Dies rief scharfe Konflikte zwischen der Regierung und den Arbeitnehmern, insbesondere dem Führungspersonal von PDVSA hervor. Die allgemeine Unzufriedenheit nahm zu und es kam zu einer Reihe von Streiks und Protestmärschen, die immer massiver wurden. Die Opposition forderte jetzt nicht nur einen politischen Richtungswechsel, sondern den Rücktritt des Präsidenten. Am 11. April 2002 marschierte eine Demonstration, an der ca. eine Million Menschen teilnahmen, zum Regierungspalast und forderte den Staatschef auf, diesen zu verlassen. Die Demonstration endete mit einem Gemetzel, über dessen Einzelheiten noch immer Kontroversen bestehen.

***Die Demonstration
endete mit einem
Gemetzel, über
dessen Einzelheiten
noch immer
Kontroversen
bestehen***

Wenige Stunden später forderten die militärischen Oberbefehlshaber Chávez' Rücktritt und nahmen ihn fest. Hätte sich in den darauf folgenden Stunden eine breite und repräsentative, die Verfassung und die legitimen Institutionen respektierende Interimsregierung gebildet, wäre die neue politische Situation international akzeptiert worden. Aber die Opposition wurde immer anarchischer und ließ es zu, dass eine kleine konservative Gruppe auf ungewöhnliche Weise die Regierung an sich riss und als provisorischen Staatschef den Vorsitzenden der Unternehmerverbände (*Federación de Cámaras Empresariales*) proklamierte. Aus diesem, durch die mangelnde Organisation der Opposition entstandenen Machtvakuum heraus entwickelte sich eine absurde «Putschphase», die Chávez als Legitimation diente, so dass er am 13. April unter dem Druck seiner zivilen Parteigänger und einem entscheidenden Sektor der Streitkräfte wieder in sein Amt eingesetzt wurde.

Obwohl er sich anfangs versöhnlich zeigte, verfiel der Präsident bald wieder in seinen aggressiven Stil und bezeichnete Opposition und Dissidenten als

«Oligarchen» und «Putschisten». Die Regierung ergriff repressive Maßnahmen und erließ Gesetzesdekrete auf der Grundlage des so genannten «Ermächtigungsgesetzes». Diese die Bürger-, Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungsrechte einschränkenden Initiativen riefen tiefe Besorgnis bei der Zivilgesellschaft in ihrer gesamten Bandbreite - von den höchsten Wirtschaftskreisen bis hin zu Arbeiterschichten - hervor. Gleichzeitig wuchsen Arbeitslosigkeit und Armut durch fehlende Anreize für produktive Investitionen. Deshalb herrschte Ende 2002 große Unzufriedenheit und es kam fast täglich zu Demonstrationen und Protestaktionen, die nicht nur einen politischen Wechsel, sondern erneut den Rücktritt oder die Absetzung Chávez' forderten. Ein Teil der Streitkräfte, der jedoch keine Befehlsgewalt über Truppen hatte, schloss sich den Protesten an.

Die Streikbewegung schaffte es nicht, Chávez aus der Macht zu vertreiben und musste abgebrochen werden

Von Dezember 2002 bis Februar 2003 führten Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam einen unbefristeten, landesweiten Streik durch, der ganz Venezuela und die Lieferungen venezolanischen Erdöls an die ausländischen Abnehmer lahmlegte. Aber die Streikbewegung schaffte es nicht, Chávez aus der Macht zu vertreiben und musste letztendlich wegen fehlendem Durchhaltevermögen und Mangel an Ressourcen abgebrochen werden. Der

Präsident nutzte die Niederlage seiner Gegner dazu, die Streiks bei PDVSA brutal niederzuschlagen und die absolute Kontrolle über das Unternehmen zu übernehmen. Auf Grund der internationalen Auswirkungen des Konflikts schlossen sich einige Länder zu einer Gruppe der «Freunde Venezuelas» zusammen, um sich als Vermittler im Konflikt anzubieten. Auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNPD) und das Carter-Center entsendeten «Dialogvermittler». Vor allem die Bemühungen der OAS waren zum Teil erfolgreich und es wurde eine Vereinbarung zur Durchführung eines Volksentscheids über Chávez' Amtsverbleib zwischen Regierung und Opposition unterzeichnet.

Allerdings verstrichen 2003 und die erste Jahreshälfte 2004, ohne dass das zugesagte Referendum durchgeführt worden wäre. Die Opposition forderte es mit einer Sammlung von Millionen von Unterschriften ein, die jedoch drei Mal durch den von Parteigängern des Präsidenten dominierten Nationalen Wahlrat (*Consejo Nacional Electoral*, CNE) wegen angeblicher Fehler oder

Mängel teilweise oder ganz für ungültig erklärt wurden. Letztendlich bewirkte die Beharrlichkeit der Opposition zusammen mit erneuten Verhandlungen der OAS und des *Carter-Centers*, dass der Volksentscheid am 15. August 2004 stattfand³.

Die Opposition und viele Beobachter waren davon ausgegangen, dass das Referendum eine klare Mehrheit gegen den Verbleib von Chávez an der Macht ergeben würde. Diese Vorstellung basierte auf dem offensichtlichen Popularitätsverlust des Präsidenten noch zu Beginn des Jahres 2004. Aber Hugo Chávez initiierte zwischen Januar und August eine erfolgreiche politische und soziale Offensive, um die Stimmung in der Bevölkerung zu seinen Gunsten zu wenden. Mit enormen staatlichen Investitionen, die aus den hohen Erdölpreisen finanziert wurden, sowie der Unterstützung kubanischer Experten, die Fidel Castro geschickt hatte, wurden in Venezuela umfangreiche Sozialprogramme (so genannte «Missionen») zu Gunsten der einkommensschwachen Schichten ins Leben gerufen. Neben der Gründung eines ausgedehnten Netzes von subventionierten Volksmärkten mit ermäßigten Preisen haben die «Missionen» ärztliche Versorgung in die Armenviertel gebracht, Tausende von Menschen alphabetisiert, vielen jungen Menschen eine berufliche Grundbildung vermittelt und andere soziale Aufgaben übernommen, die zwar keine strukturellen Veränderungen herbeiführen, aber die Armut lindern und Ansatzpunkte für Zufriedenheit und Hoffnung schaffen. Hinzu kamen Maßnahmen zur Bildung von Kooperativen und Einführung von Instanzen der betrieblichen Mitbestimmung bzw. in einigen Fällen von selbstverwalteten Unternehmen, sowie die Enteignung zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe und ihre Übergabe an Bauernvereinigungen. Die siegesgewisse Opposition konzentrierte sich derweil auf kurzfristiges Taktieren und hielt es nicht für nötig, ein überzeugendes Alternativprogramm für Venezuela zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage gewann Chávez das Referendum. Nach offiziellen Angaben sprachen sich 58% der Wähler für seinen Verbleib an der Macht aus, 42% dagegen.

***Die «Missionen»
haben ärztliche
Versorgung in die
Armenviertel
gebracht, Tausende
alphabetisiert,
vielen jungen
Menschen eine
berufliche
Grundbildung
vermittelt***

3. Armando Durán, *Venezuela en llamas* [Venezuela in Flammen], Caracas, Debate, 2004.

Wahlenthaltung im Jahr 2005

Die venezolanische Opposition stand fast das ganze Jahr 2005 unter einer Art Schock und rührte sich kaum. Unterdessen nutzte Chávez seinen Triumph sowie die in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht günstige internationale Konjunktur optimal aus: Er baute die «Missionen» weiter aus und versuchte, seine Gefolgsleute für einen «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» zu begeistern, der den weltlichen Ungerechtigkeiten ein Ende setzen soll. Mit großzügigen Spenden in Form von günstigem Erdöl und anderen wirtschaftlichen und sozialen Hilfeleistungen an diverse Länder in der Region, sowie mit lautstarken «antiimperialistischen» Propagandareden verwandelte Chávez sich nach und nach in eine weltbekannte Persönlichkeit. Die das ganze Jahr über hohen Erdölpreise, die zunehmenden Schwierigkeiten von US-Präsident George Bush - bevorzugte Zielscheibe seiner Angriffe - und der politische Aufstieg der lateinamerikanischen Linken gaben der Außenpolitik des venezolanischen Präsidenten Vorschub und hoben sein Image in Teilen der internationalen öffentlichen Meinung. Die Gesten ideologischer Radikalisierung wurden von repressiven Maßnahmen Chávez' gegen seine innenpolitischen Gegner begleitet, seien es Festnahmen und Prozesse wegen subversiver Handlungen in der Vergangenheit oder wegen Verschwörung in jüngerer Zeit.

Angesichts einer solchen Stimmungslage glaubte ein Großteil der venezolanischen und ausländischen Beobachter, dass es der Regierung gelingen würde, große Massen von Sympathisanten und politischer Klientel zur Teilnahme an den Parlamentswahlen am 4.

Es zeigte sich jedoch, dass die Wahlenthaltung ein in der Bevölkerung verbreitetes Gefühl widerspiegelte

Dezember 2005 zu mobilisieren. Deshalb erschien der Vorschlag eines Teils der Opposition, mit Wahlboykott gegen die fehlende Transparenz des Wahlverfahrens und die geringe Vertrauenswürdigkeit der Mitglieder des CNE zu protestieren, vielen töricht und politisch selbstmörderisch. Es zeigte sich jedoch, dass die Wahlenthaltung ein in der Bevölkerung weit verbreitetes Gefühl widerspiegelte, die vermeintlichen

Kämpfer für die «revolutionäre» Sache eingeschlossen: Die Wahllokale blieben nahezu leer. Trotz wiederholter Wahlaufforderungen der Regierung an ihre Anhänger und die Entscheidung der Wahlbehörde, die Wahl um zwei Stunden zu verlängern, hatten am Ende des Wahltags weniger als 25% der Venezolaner ihre parlamentarischen Vertreter gewählt.

Unsichere Perspektiven für 2006

Die merkwürdigen Parlamentswahlen vom Dezember 2005 endeten mit einem formalen Sieg, aber einer faktischen Niederlage des Chávez-Regimes. Dank der Wahlenthaltung der Opposition gewann Chávez zwar 100% der Sitze der Nationalversammlung, andererseits aber verlor er seine demokratische Glaubwürdigkeit: Ein Parlament ohne Opposition deutet auf das Fehlen eines friedlichen, institutionalisierten Dialogs in Venezuela hin. Gegen seinen Willen hat der Präsident so auf internationaler Ebene sein «demokratisches» Image verloren und wird nun - realistischer - als autoritärer Populist wahrgenommen.

Ein weiterer schwerwiegender Nachteil der aktuellen Situation ist, dass die Regierungskoalition ohne Opposition im Parlament keinen Streitpartner findet - und sie in den eigenen Reihen suchen muss. Es gibt schon Hinweise auf ernsthafte Unstimmigkeiten innerhalb des politischen und sozialen Bündnisses um den Präsidenten. Dieses ist nicht monolithisch, sondern umfasst ein breites Spektrum von Gruppierungen. Diese entstammen teilweise der radikalen Linken und militaristischen Kreisen, größtenteils handelt es sich aber um pragmatisch-hedonistische Opportunisten, die vor allem daran interessiert sind, sich als «neue Klasse» oder «bürokratische Bourgeoisie» zu etablieren. Gleichzeitig weist die Wahlenthaltung vom 4. Dezember zweifelsohne auf enttäuschte Erwartungen bei den unteren Schichten hin. Diese hatten noch bis vor Kurzem die Gründung der «Missionen» und Kooperativen begrüßt, haben sich inzwischen aber in deren Kritiker verwandelt.

Folglich sind die Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2006 eine Chance für die Opposition, Chávez zu besiegen und seinen Nachfolger zu stellen. Voraussetzung dafür ist, dass sie ihre derzeitige Unentschlossenheit, Spaltung und Unbeweglichkeit überwindet. Dazu müssten zwei dringliche Aufgaben in Angriff genommen werden: ein überzeugendes und demokratisches Wahlprogramm, das individuelle Freiheit und soziale Gleichheit miteinander vereint, sowie ein Präsidentschaftskandidat, der in der Lage sein muss, nicht nur die derzeitige Opposition, sondern auch die vom Chavismus Enttäuschten hinter sich zu sammeln.